



# Miltahader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,30 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Mikrofilm Nr. 59 bei der Oberamtspoststelle Heimbücherei Zweigstelle Wildbad. — Postkonto: Enzthalbote Hübner & Co., Wildbad; Uffertelmer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 14 Stuttgart.  
Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., anserhalb 20 Pf. — Reklamzeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Kunstunterbreitung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn geschäftliche Beirteilung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg.  
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

## Zurückgewiesener Angriff

Wenn auch über die innenpolitischen Debatten, die am Samstag im Reichsrat stattgefunden haben, und über die Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder, die am Sonntag folgte, nur ziemlich inhaltlose Berichterstattungen erschienen sind, so steht doch wohl fest, daß diese beiden Tage politisch eine große Bedeutung hatten. Denn es handelt sich für die Reichsregierung darum, ob sie in der Lage ist, den einmal eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, oder ob sie vor dem Widerstand der Länderregierungen zurückweichen und damit eine erste und entscheidende Niederlage erleiden würde.

Man muß sich die inneren Zusammenhänge dieser plötzlich aufgetauchten Länderopposition einmal vergegenwärtigen, um deutlich zu erkennen, welche politischen Kräfte hier am Werke sind. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung von Papen — von Papen ein ausgesprochenes Rechtskabinet ist und daß man gerade von ihr eine Wahrung der berechtigten Länderinteressen unter allen Umständen erwarten darf, ist es doppelt erstaunlich, daß der föderalistische Vorstoß der süddeutschen Länder sich gerade gegen dieses Kabinet richtet, während dieselben süddeutschen Regierungen sich früher sehr viel zurückhaltender erwiesen, auch wenn sie sachlich stärkeren Anlaß zur Opposition gehabt hätten.

Die Besorgnis um die Aufrechterhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches und die Abwehr gegen irgendwelche unitaristischen Gelüste ist also wohl kaum ein zureichender Grund für die Haltung dieser Herren, und wir trauen ihrem politischen Scharfblick auch ohne weiteres zu, daß sie die Dinge durchschauen. Infolgedessen wird man nach anderen Ursachen suchen müssen, die den Anlaß zu dem gemeinsamen Vorgehen Preußens, Bayerns, Württembergs und Badens gegen das Kabinet von Papen bildeten.

Dabei kommt man zu der eigentümlichen Feststellung, daß die vier leitenden Minister dieser Länder dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei angehören. Der stellvertretende geschäftsführende preußische Ministerpräsident ist der Zentrumsabgeordnete Hirtzinger, der bayerische Ministerpräsident ist Geheimrat Heide von der Bayerischen Volkspartei (er ist übrigens auch nur als geschäftsführender Ministerpräsident im Amt). Das gleiche gilt für den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz, der ebenfalls Zentrumsmann ist. Der einzige dieser Ministerpräsidenten, der vom parlamentarisch-demokratischen Standpunkt aus sozusagen vorkommt, ist der badische Staatspräsident Schmitt, ebenfalls ein Vertreter des Zentrums. Wir stehen also hier vor der Tatsache, daß sich die oppositionelle Zentrumspolitik offensichtlich aller der ihr erreichbaren Völkerverminister bedient, gleichgültig ob sie auch nur geschäftsführend sind, um gegen die Reichsregierung Sturm zu laufen, weiß das Reichskabinet so viel politisches Verantwortungsgefühl hat, die Dinge in Preußen nicht mehr weiterlaufen zu lassen.

Darauf muß vor allem der politische Nachdruck gelegt werden: Die Verhältnisse in Preußen liegen grundsätzlich anders als in den übrigen deutschen Ländern, und das Land Preußen ist wegen seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl und infolgedessen seiner politischen Bedeutung nicht mit demselben formalistischen Maß zu messen wie die übrigen deutschen Länder. Es mag hingehen, wenn in Sachsen oder in Hessen der Bankrott des Parlamentarismus durch das Bestehen einer tatsächlich unverantwortlichen geschäftsführenden Regierung verschleiert wird. Für Preußen ist dieser Zustand deshalb unerträglich, weil dieses Land infolge seines politischen Schwergewichts in viel unmittelbarer Beziehung zur Reichspolitik steht als jedes andere deutsche Land. Es war das schlimmste politische Verbrechen der Weimarer Verfassungskonstruktion, daß aus Gründen des liberalen Schematismus und Dogmatismus der politische und organische Zusammenhang zwischen dem Reich und Preußen zerrissen wurde. Darunter hat die Reichspolitik der letzten 14 Jahre unsagbar gelitten. Jetzt findet sich endlich eine Regierung, die diesem unmöglichen Zustand ein Ende machen will, und schon erheben die parteipolitisch verbrämten Föderalisten oder, besser gesagt, die föderalistisch verbrämten Parteipolitiker ein großes Geschrei. Das ist bezeichnend für die Unfähigkeit, in der unser ganzes heutiges politisches System zu versinken droht, es sei denn, daß eine über den Parteien stehende Reichsregierung endlich durchgreifend das Notwendige tut.

Wessen politische Geschäfte durch diese Fronde gegen die Reichsregierung befragt werden, das erste, was man am besten aus dem Aubegeheul der Berliner Asphaltpresse, Ausgerechnet diese Gesellschaft entdedt jetzt plötzlich ihr Herz für die Belange der süddeutschen Länder, die früher von dieser Stelle aus stets als „engstirnig partikularistisch“ bezeichnet wurden. Man sollte in Süddeutschland

## Tagespiegel

Zwischen Polizei und Erwerbslosen, die vor dem Stadthaus in Gleiwitz gegen Abzüge von den Wohlfahrtsunterstützungsbeträgen demonstrierten, kam es zu Zusammenstößen. Drei Demonstranten wurden verhaftet.

Der Vorsitzende des Bayerischen Industriellenverbandes, Geheimrat Kommerzienrat Buz, ist an den Folgen eines Autounfalls gestorben.

Der polnische Oberste Gerichtshof hat in dem Deutschland-Vertrag gegen den Schemabgeordneten Graebe, Studienrat Heidelberg und Genossen das in zweiter Instanz gefällte Urteil aufgehoben.

Der Fall des Präsidentenattentäters Gorguloff wird dem Schwurgericht unterbreitet. Die Anklage lautet auf Mord.

Der Gouverneur der Bank von England hat einen Ausschuss gebildet, der nötigenfalls die Interessen der britischen Besitzer von Anleihen wahrnehmen soll, die unter den Auspizien des Völkerbundes in London aufgelegt wurden. Dem Ausschuss gehören u. a. Sir Austen Chamberlain und Sir Arthur Leister an.

auf diese Zusammenhänge achten, um zu erkennen, welches politische Spiel hier gespielt wird. Wenn erst einmal die große Aufgabe gelöst ist, zwischen dem Reich und Preußen ein organisches Gleichgewichtsverhältnis herzustellen, dann werden die Beziehungen zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern sehr schnell wieder in Ordnung kommen. Liegt man aber den gegenwärtigen Zustand andauern, wie es die Parteipolitiker des Zentrums auch auf Ministeressen offenbar erstreben, dann wird Deutschland niemals aus seinen staatlichen Nöten herauskommen.

## Vor Lausanne

Was Herriot will

Lausanne, 14. Juni. Internationale politische Kreise, die zurzeit in Lausanne ihr Hauptquartier aufschlugen um am kommenden Donnerstag bei der Eröffnung der Lausanner Konferenz mit dabei zu sein und auch die nächsten Wochen nicht zu fehlen, sind nach eingehendem Studium der Pariser Beschlüsse zu der Auffassung gelangt, daß in den Pariser Besprechungen ein Kompromiß erwogen worden ist, das die Tributfrage eng mit der Abrüstungsfrage verbindet. Ueber die Haltung Mac Donalds und der englischen Abordnung in Lausanne macht soeben nach einem Londoner Telegramm der „Daily Telegraph“ interessante Ausführungen. Er betont im Zusammenhang mit den Pariser Besprechungen, daß zwischen Herriot und Mac Donald „grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten mehr über die Frage der Zusammengehörigkeit von Reparationen und Kriegsschulden“ bestehe. Beide Staatsmänner stimmten darin überein, daß die Lösung, auf die man hinarbeiten müsse, in einer allgemeinen Schuldentilgung zu suchen sei. Solange die Zukunft der Zahlungen an Amerika noch unklar sei, sprächen gewichtige Gründe für ein Sonderangebot Englands, von sich aus auf alle Reparationszahlungen zu verzichten.

Die Aussichten für die Genfer Abrüstungskonferenz werden in Londoner diplomatischen Kreisen pessimistisch beurteilt, da eine 5—10prozentige Herabsetzung der Rüstungsausgaben bei einer Armee mit allgemeiner Dienstpflicht nicht viel ausmache.

Da nur eine völlige Streichung der Reparationen zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen könne, erklärt „Financial News“, müsse England energisch diese Forderung verfolgen. „Morning Post“ verlangt von Frankreich, daß es nicht mehr das Beiwort „geheißigt“ für Reparationschulden anwenden soll, die doch nicht bezahlt würden. Dann würde die Lösung einer sehr profanen Frage wesentlich leichter werden.

## Keine festen Vereinbarungen

Genf, 14. Juni. Ueber die bisherigen englisch-französischen Verhandlungen werden dem Vertreter der Ill. von gut unterrichteter Seite folgende Mitteilungen gemacht: Eine feste Vereinbarung zwischen Herriot und Mac Donald ist in Paris nicht erzielt worden. Herriot hat jedoch den Standpunkt der französischen Regierung in der Abrüstungs- und Reparationsfrage eindeutig dargelegt. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung nicht vor die Abrüstungskonferenz gehöre, sondern als eine Teilrevision des Versailler Vertrags eine Angelegenheit der Unterzeichnermächte des Versailler Vertrags sei. In französischen Kreisen besteht der Eindruck, daß

diese Haltung Frankreichs zur Gleichberechtigungsfrage ein gewisses Verständnis auf englischer Seite gefunden habe.

## Sozialversicherungsfragen

in der neuen Notverordnung

Berlin, 14. Juni. Wie zu der Notverordnung weiter bekannt wird, bringt sie auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung im wesentlichen eine Ermächtigung für die Reichsregierung zur finanziellen Durchführung der Arbeitslosenhilfe in dreifacher Richtung. Durch eine gleichzeitig erlassene Ausführungsverordnung setzt nun die Reichsregierung neue Unterstützungssätze fest und trifft eine Bestimmung über den Zeitpunkt, von dem ab in der Arbeitslosenversicherung die Hilfsbedürftigkeit zu prüfen ist. Es wird das vom Beginn der siebten Woche an der Fall sein. Die neuen Unterstützungssätze, die vorstehend bereits angegeben sind, sind nach einem neuen, einheitlichen System gegliedert; es handelt sich nicht einfach um prozentuale Senkungen. Die Zahl der Lohnklassen ist wesentlich vermindert worden. An die Stelle von 11 Lohnklassen treten jetzt nur sechs. Dafür ist die Unterstützung sehr viel stärker abgestuft. Es wird also ein Familienvater der unteren Lohnklassen in der Großstadt keine Senkung gegenüber dem jetzigen Stand erfahren. Dagegen wird bei einem ledigen Arbeitslosen einer hohen Lohnklasse auf dem Lande eine Kürzung bis zu 40 oder 50 Prozent eintreten. Für die Verwaltung wird die Handhabung dieser Sache einfacher sein. Die Reichsregierung wird die Ueberschüsse in der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenfürsorge überführen. Es wird sich dabei voraussichtlich um eine Summe von 270 bis 300 Millionen handeln.

Dieses Verfahren ist dadurch gerechtfertigt, daß das Reich an die Versicherung noch eine Forderung von 140 Millionen hat. Die neuen Unterstützungssätze und das Eintreten der Hilfsbedürftigkeitsprüfung treten am 27. Juni in Kraft. Für die alten Unterstützungssätze ist ein längerer Uebergangszeitraum vorgesehen, der bis zum 28. Juli begrenzt ist.

Die beabsichtigte Reform des Sozialversicherungswesens hat mit dieser Notverordnung noch nicht verbunden werden können. Es ist nicht beabsichtigt, die einzelnen Versicherungsweige zusammenzulegen, insbesondere auch nicht die Angestellten- und die Invalidenversicherung. Es sollen auch nicht die einzelnen Kasernen verschwinden. Es wird sich höchstens darum handeln können, daß kleinere Innungskrankenkassen des gleichen Bezirks verbandsweise zu Einheitskassen zusammengeschlossen werden. In Aussicht genommen ist jedoch eine Ermächtigung, die für das gesamte Gebiet der Sozialversicherung äußerste Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zur Pflicht macht.

## Haushalt ebenfalls durch Notverordnung

Berlin, 14. Juni. Wie man hört, wird der Reichshaushalt in Einnahme und Ausgabe mit etwa 8,2 Milliarden abschließen. Er werde damit rund 1,2 Milliarden niedriger liegen als der Haushalt des Jahres 1931. Der Haushalt gelte rückwirkend ab 1. April, umfasse also formell das ganze Haushaltsjahr. Die Reichsratsausschüsse wollen am kommenden Montag ihre Beratungen beginnen. Am Samstag, den 25. Juni, oder spätestens Montag, den 27. Juni, soll dann der Gesamthaushalt in einer öffentlichen Vollziehung des Reichsrats verabschiedet werden. Erst dann werde der Haushalt, und zwar auf Grund der Beschlüsse des Reichsrats, von der Reichsregierung durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, so daß er rechtzeitig am 1. Juli in Kraft treten könne.

## Der Aufmarsch zur Reichstagswahl

Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge

Berlin, 14. Juni. Im Reichsministerium des Innern fand gestern eine Besprechung mit den Parteien über die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1932 statt. Auf dem Reichswahlvorschlag wird die Sozialdemokratische Partei die Nummer 1 erhalten, es folgt alsdann unter Nr. 2 die NSDAP, die Komm. Partei trägt die Nummer 3, das Zentrum Nr. 4, die Deutschnationale Volkspartei Nr. 5, die Deutsche Volkspartei Nr. 6, die Wirtschaftspartei Nr. 7, die Deutsche Staatspartei Nr. 8, die Bayerische Volkspartei Nr. 9, das Deutsche Landvolk Nr. 10, und der Christl.-Soz. Volksdienst Nr. 11, in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl (1930) erhalten haben.

## Reichslandbund zu den Reichstagswahlen

Berlin, 14. Juni. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat zu den kommenden Reichstagswahlen eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Reichslandbund hat mit Genugtuung Kenntnis genommen von den aus den bisherigen Willensäußerungen der Reichsregierung und einzelner Minister hervorströmenden





